Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, dass das Betreuungsgeld Anreize dafür setzt, dass vor allem gering entlohnte Mütter während der Zeit der Inanspruchnahme der Leistung, also zwischen dem 15. und 36. Lebensmonat ihres Kindes, aus dem Beruf ausscheiden. Hand in Hand mit der weiteren staatlichen Leistung des Elterngeldes, das Eltern während der ersten 12 bis 14 Monate nach der Geburt eines Kindes erhalten (s. §§ 1 ff. BEEG) und an das das Betreuungsgeld nach dem Willen des Gesetzgebers bewusst „zeitlich und in seiner gesetzlichen Ausgestaltung passgenau“ anschließt⁴¹, fördert der Staat den Ausstieg von Frauen aus dem Beruf insgesamt für eine Dauer von drei Jahren. Der Staat wirkt mit dem Betreuungsgeld nicht auf den Abbau der bestehenden Nachteile für Frauen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hin, sondern vertieft diese Nachteile noch. Er bewirkt damit das Gegenteil dessen, wozu er nach Art. 3 II 2 GG verpflichtet ist⁴².

III. Zusammenfassung

Wie man das Betreuungsgeldgesetz dreht und wendet – es wird den Anforderungen des Grundgesetzes nicht gerecht. Das Gesetz lässt nicht erkennen, welchen familienrechtlichen Zielen die Einführung des Betreuungsgeldes dient, und widerspricht deshalb dem Gebot der Normenklarheit. Es steht zudem im Widerspruch zu dem Neutralitätsgebot bei der

Familienförderung aus Art. 6 I GG: Als Form des Familienleistungsausgleichs müsste das Betreuungsgeld gem. Art. 6 I GG sämtlichen Eltern unabhängig davon zugute kommen, ob sie für ihr Kind eine öffentlich geförderte Betreuungseinrichtung in Anspruch nehmen. Als Maßnahme des Familienleistungsausgleichs hätte der Gesetzgeber das Betreuungsgeld auf die Eltern beschränken müssen, denen durch Kinderbetreuung tatsächlich Kosten entstehen. Als pauschale Kompensationsleistung entspricht das Betreuungsgeld keinem herkömmlichen Konzept der Familienförderung und auch keinem diskriminierungsfreien neuen Ansatz der Familienförderung. Das Betreuungsgeld kollidiert außerdem mit dem Gleichstellungsauftrag des Staates aus Art. 3 II 2 GG. Es bleibt zu hoffen, dass das *BVerfG* diese neue Maßnahme der Familienförderung verwirft und der Gesetzgeber die (Ehe- und) Familienförderung künftig im Einklang mit dem Grundgesetz gestaltet.

41 BT-Dr 17/9917, S. 7.

42 Im Ergebnis ebenso *Sacksofsky*, *Streit* 2010, 167 (172 ff.); *Wieland* (o. Fußn. 16), S. 11 ff.; krit. im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit Art. 3 II 2 GG auch *Schuler-Harms* (o. Fußn. 21), S. 22 f.; *Eichenhofer*, *ZG* 2013, 60 (73 f.). Für die Vereinbarkeit mit Art. 3 II 2 GG dagegen *Kluth*, Schriftliche Stellungnahme zur Vorbereitung der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestags am 14. 9. 2012 zum Thema: „Einführung eines Betreuungsgeldes“, S. 14 f.

Zur Rechtsprechung

Professor Dr. Georgios Gounalakis*

Rechtliche Grenzen der Autocomplete-Funktion von Google

I. Hintergrund

Der *VI. Zivilsenat* des *BGH* hatte am 14. 5. 2013 über Googles Autocomplete-Funktion zu entscheiden, die die Suchmaschine seit April 2009 nutzt. Dabei werden bei der Eingabe von Suchbegriffen automatisch verschiedene Suchvorschläge („predictions“) in Form von Wortkombinationen in einem sich öffnenden Fenster angezeigt. Die im Rahmen dieser Suchergänzungsfunktion angezeigten Suchvorschläge werden auf Basis eines Algorithmus ermittelt, der unter anderem die Anzahl der von anderen Nutzern eingegebenen Suchanfragen einbezieht.

Die Kläger, eine Aktiengesellschaft, die im Internet Nahrungsergänzungsmittel und Kosmetika vertreibt, sowie deren Gründer und Vorstandsvorsitzender hatten Unterlassungs- und Geldentschädigungsansprüche geltend gemacht, die von den Vorinstanzen versagt wurden. Dies war nach Ansicht des *BGH* rechtsfehlerhaft, weil die „predictions“ das Allgemeine Persönlichkeitsrecht der Kläger verletzen. Der klagende Gründer hatte im Mai 2010 festgestellt, dass bei Eingabe seines Namens *RS* als Suchvorschläge die Wortkombinationen „*RS* (voller Name) Scientology“ und „*RS* (voller Name) Betrug“ erschienen, obwohl dies in keinem tatsächlichen Zusammenhang steht, und womit auch der Bezug zur klagenden Aktiengesellschaft hergestellt wird.

II. Voraussetzungen des Unterlassungsanspruchs

1. Persönlichkeitsrechtsverletzung durch falsche Tatsachenbehauptung

Zunächst maßgeblich für das Bestehen eines Unterlassungsanspruchs aus §§ 823 I, 1004 I BGB i. V. mit Art. 1 I, 2 I GG ist die Beurteilung des Aussagegehalts, der der vorgeschlagenen Wortkombination beigemessen wird. Nur so kann qualifiziert werden, ob es sich um eine unter den Schutz des Art. 5 I 1 GG fallende Meinungsäußerung oder um eine falsche Tatsachenbehauptung handelt, die grundsätzlich keinen grundgesetzlichen Schutz genießt¹.

Der Aussagegehalt ist durch Auslegung nach den vom *BVerfG* aufgestellten Grundsätzen zu ermitteln. Bereits in der so genannten „Soldaten sind Mörder-Entscheidung“ vom 10. 10. 1995 hat es hervorgehoben, dass es nicht auf die Absicht des Äußernden ankommt, sondern der objektive, aus der Sicht eines Durchschnittsbetrachters zu beurteilende

* Der Autor ist Professor für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung und Medienrecht, Direktor des Instituts für Rechtsvergleichung sowie der Forschungsstelle für Medienrecht und Medienwirtschaft an der Philipps-Universität Marburg. – Besprechung von *BGH*, Urt. v. 14. 5. 2013 – VI ZR 269/12, *NJW* 2013, 2348 (unter Nr. 6 in diesem Heft) = *GRUR* 2013, 751 m. Anm. *Peifer/Becker*.

1 *BVerfGE* 61, 1 = *NJW* 1983, 1415 (1415) – NPD von Europa.

Wortsinn maßgebend ist². Somit mussten sich die mit der Sache befassten Gerichte fragen, was der Durchschnittsleser bzw. -nutzer von Google unter der Wortkombination „RS Betrug“ und „RS Scientology“ versteht, wenn sie ihm als Suchvorschlag präsentiert werden.

Bereits hier vertraten die Vorinstanzen eine andere Auffassung als der BGH. Nach der Wertung des Berufungsgerichts ist den automatisierten Suchergänzungsvorschlägen kein eigener verletzender Aussagegehalt beizumessen³. Insofern hat der VI. Zivilsenat jedoch zutreffend festgestellt, dass mit dem Begriff Betrug nicht nur ein vielfältiges, unspezifisches Bedeutungsspektrum verbunden ist, wie vom OLG festgestellt, sondern auch der Durchschnittsleser damit zumindest ein sittlich vorwerfbares Übervorteilen eines anderen versteht und damit auch ein hinreichend konkreter Aussagegehalt vorliegt.

Nicht gefolgt ist der VI. Zivilsenat auch der Wertung des OLG, den von Google angezeigten Ergänzungssuchvorschlägen könne lediglich die eigene Aussage entnommen werden, dass zuvor andere Nutzer die gewählten Begriffskombinationen zur Recherche eingegeben haben oder dass sich die Ergänzungssuchbegriffe in verlinkten Drittinhalten auffinden lassen.

Der Ermittlung des Aussagegehalts kommt indes eine Schlüsselrolle zu, weshalb sich der BGH zu Recht der Auslegung intensiv widmet. Der VI. Zivilsenat begnügt sich nicht nur mit der Aussage, dass der Internetnutzer von den nach der Eingabe des Suchbegriffs angezeigten ergänzenden Suchvorschlägen durchaus einen inhaltlichen Bezug zu dem von ihm verwandten Suchbegriff erwartet, ihn aber jedenfalls für möglich hält. Er führt insbesondere weiter aus, dass die Suchanfragen in der Erwartung eines inhaltlichen Zusammenhangs der angezeigten Wortkombinationen getätigt werden. Erst dadurch wird die Suchmaschine für den Internetnutzer auch attraktiv.

Da im Streitgegenständlichen Fall jedoch kein Zusammenhang zwischen dem klagenden Gründer bzw. Vorstandsvorsitzenden und Scientology bzw. einem etwaigen Verfahren wegen Betrugs bestand, handele es sich um eine falsche Tatsachenbehauptung, die nicht mehr durch die Meinungsfreiheit geschützt sei. Dementsprechend sei das Persönlichkeitsrecht der Kläger verletzt.

2. Zurechnung der Persönlichkeitsrechtsverletzung

Neben der Frage, ob überhaupt eine Rechtsverletzung vorliegt, war erheblich, ob diese der Beklagten, das heißt der Betreiberin der Internetsuchmaschine www.google.de, überhaupt unmittelbar zugerechnet werden kann. Maßgeblich dabei ist die Überlegung, dass die Streitgegenständlichen Begriffe bzw. Begriffskombinationen nicht durch die Beklagte selbst eingegeben wurden, sondern auf einer Auswertung des Internetnutzerverhaltens beruhen. Hier hebt der BGH jedoch zu Recht hervor, dass diese Auswertung durch ein Computerprogramm der Beklagten erfolgte und die Begriffsverknüpfungen allein von ihrer Suchmaschine hergestellt werden, ohne dass Dritte involviert wären. Google stellt diese Begriffsverknüpfungen im Internet zur Verfügung, so dass sie Google auch unmittelbar zuzurechnen sind.

3. Widerrechtlichkeit der Persönlichkeitsrechtsverletzung

Die Persönlichkeitsrechtsverletzung müsste jedoch auch widerrechtlich sein. Da es sich dabei um einen so genannten offenen Tatbestand bzw. ein Rahmenrecht handelt, gilt hier nicht der Grundsatz, dass die Tatbestandsmäßigkeit die

Rechtswidrigkeit indiziert. Es müssen vielmehr alle Umstände des Einzelfalls sorgfältig gewürdigt werden. Letztlich maßgeblich ist also das Ergebnis einer vorzunehmenden umfassenden Güter- und Interessenabwägung⁴. Interpretationsleitend zu berücksichtigen sind dabei die Grundrechte und die Gewährleistungen der Europäischen Menschenrechtskonvention⁵.

Der VI. Zivilsenat musste sich also fragen, wessen schutzwürdige Interessen überwiegen. Auf der einen Seite standen die Persönlichkeitsrechte der Kläger, auf der anderen die Interessen der Beklagten auf Meinungs- und wirtschaftliche Handlungsfreiheit, die durch Art. 2 I, 5 I und 14 GG gewährleistet werden.

Hierbei hat der Senat berücksichtigt, dass die Beklagten ein eigenes geschäftliches Interesse an der Begriffsergänzungsfunktion der Suchmaschine haben und gerade wegen dieser Funktion durch eine effektivere Suche die Nutzer an sich binden. Der wesentliche Gesichtspunkt auf Seiten der Kläger ist demgegenüber, dass es sich um die Äußerung unwahrer Tatsachen handelte. Die von Google aufgezeigten Begriffskombinationen hatten einen unwahren Aussagegehalt, da der klagende Gründer weder in Verbindung mit einem Betrug gebracht werden kann noch Scientology angehört oder nahesteht. Die Verbreitung unwahrer Tatsachen muss jedoch nicht hin-genommen werden⁶.

Dem ist letztlich nichts hinzuzufügen. Soweit, wie hier, im Rahmen der Auslegung ein unwahrer Aussagegehalt der Begriffskombinationen festgestellt werden kann, besteht kein Anspruch der Beklagten auf Verbreitung der unrichtigen Tatsachenbehauptung, so dass die Interessen der Kläger an der Unterlassung überwiegen.

4. Google als Störer i. S. von § 1004 I BGB

Weitere Voraussetzung für eine Haftung aus §§ 823 I, 1004 I BGB i. V. mit Art. 1 I, 2 I GG ist zudem, dass es sich bei Google um einen Störer i. S. von § 1004 I BGB handelt. Die Definition des Störerbegriffs ist mangels Legaldefinition umstritten⁷. Der VI. Zivilsenat begnügt sich zunächst mit der Definition, dass ohne Rücksicht darauf, ob ihn ein Verschulden trifft, als Störer jeder anzusehen ist, der die Störung herbeigeführt hat oder dessen Verhalten eine Beeinträchtigung befürchten lässt⁸. Die Besonderheit, dass vorliegend mehrere Personen an der Beeinträchtigung beteiligt sind, nämlich vor allem die Internetnutzer, deren Suchverhalten von einem Computerprogramm ausgewertet wird, löst er ebenfalls auf. Demnach kann als (Mit-)Störer jeder haften, der in irgendeiner Weise willentlich und adäquat kausal an der Herbeiführung der rechtswidrigen Beeinträchtigung mitgewirkt hat, sofern er die rechtliche Möglichkeit zur Verhinderung dieser Handlung hatte⁹. Es sollen weder Kenntnis von Tatbestandsmäßigkeit noch von der Rechtswidrigkeit begründenden Umständen noch Verschulden für den Erfolg des Unterlassungsanspruchs erforderlich sein.

2 BVerfGE 93, 266 = NJW 1995, 3303 (3310) – Soldaten sind Mörder; dazu Gounalakis, NJW 1996, 481.

3 OLG Köln, GRUR-RR 2012, 486 (488) = ZUM 2012, 987 m. Anm. Seitz.

4 Palandt/Sprau, BGB, 72. Aufl. (2013), § 823 Rdnr. 95.

5 BGH, NJW 2013, 2348 = GRUR 2013, 751 Rdnr. 21 m. w. Nachw.

6 BGH, NJW 2013, 2348 = GRUR 2013, 751 Rdnr. 22 m. w. Nachw.; BVerfGE 61, 1 = NJW 1983, 1415 (1415); BVerfGE 99, 185 = NJW 1999, 1322 (1324).

7 Palandt/Bassenge, BGB, 72. Aufl. (2013), § 1004 Rdnrn. 15 ff. m. w. Nachw.

8 BGH, NJW 2013, 2348 = GRUR 2013, 751 Rdnr. 24.

9 BGH, NJW 2013, 2348 = GRUR 2013, 751 Rdnr. 24; auch Palandt/Bassenge (o. Fußn. 7), § 1004 Rdnr. 26.

Der BGH fordert jedoch keine uneingeschränkte Haftung, sondern macht diese zu Recht von Zumutbarkeitsgesichtspunkten abhängig. Dann aber stellt er fest, der Schwerpunkt der Vorwerfbarkeit liege in einem *Unterlassen*¹⁰ von Google. Dieser Haftungsansatz wegen pflichtwidrigen Unterlassens ist zunächst überraschend und erscheint deshalb problematisch, weil Google die Software aktiv entwickelt hat und auch selbst die im Einzelfall verletzenden Begriffsverknüpfungen verbreitet, im Prinzip also Täter ist durch positives, das heißt aktives Tun.

Begründet wird die Haftung wegen Unterlassens damit, allein die Entwicklung und Verwendung des Computerprogramms, das die Suchvorschläge ermittelt, könne Google als geschützte wirtschaftliche Tätigkeit wegen Art. 2 I, 14 GG nicht vorgeworfen werden. Nur durch das Hinzutreten weiterer Umstände, hier das Rechercheverhalten der vorherigen Nutzer, entstünden die persönlichkeitsrechtsverletzenden Begriffsverbindungen. Dabei bleibe Google jedoch auch nicht passiv und stelle nicht allein die Informationen der Nutzer online zur Verfügung, sondern werte diese mittels des eigenen Programms auch aus, um die Suchvorschläge dem Nutzer anzubieten. Diese Erarbeitung sei ihr auch zuzurechnen. Dementsprechend hat der BGH festgestellt, dass Google lediglich vorgeworfen werden kann, keine ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen getroffen zu haben, um zu verhindern, dass die von seinem Programm ermittelten Suchvorschläge Rechte Dritter verletzen.

Diese Beurteilung erscheint angesichts der unmittelbaren Generierung und Verbreitung „eigener Inhalte“ durch die Beklagte freilich angreifbar, denn damit wird letztlich eine „eingeschränkte Störerhaftung“ nicht nur für Dritte, sondern auch für Täter und Teilnehmer konstruiert. Wegen der für Google sprechenden Grundrechte erscheint dies letztlich jedoch nicht nur hinnehmbar, sondern durchaus auch gut vertretbar und in der Sache überzeugend, da andernfalls eine unzumutbare Beeinträchtigung der Suchmaschinenfunktion droht.

5. Verletzung von zumutbaren Prüfungspflichten ab Kenntnis

Angesichts der Vielzahl bestehender Möglichkeiten der Verletzung von Persönlichkeitsrechten durch Google ist es indes notwendig, die Haftung auf ein zumutbares Maß zu begrenzen. Dementsprechend ist es nach der bereits genannten Definition bei einer Mitverursachung der Beeinträchtigung durch ein vorwerfbares Unterlassen erforderlich, dass überhaupt eine rechtliche Möglichkeit zur Verhinderung der beeinträchtigenden Handlung besteht. Der VI. Zivilsenat nennt dieses Kriterium die Möglichkeit und Zumutbarkeit der Erfolgsverhinderung.

An der Möglichkeit der Beseitigung einer Beeinträchtigung besteht vorliegend kein Zweifel, denn Google betreibt die Suchmaschine. Fraglich bleibt aber, welche Anforderungen an die Zumutbarkeit zu stellen sind. Hier hat der BGH als maßgebliches Kriterium auf eine etwaige Verletzung von Prüfungspflichten abgestellt und dies auch näher konkretisiert.

Dabei hat er einen Vergleich zu einem Host-Provider gezogen. Dieser speichert als Diensteanbieter i. S. von § 2 S. 1 Nr. 1 Telemediengesetz (TMG) fremde Informationen für seine Nutzer¹¹. Im Gegensatz dazu stellt Google durch die erfolgte Auswertung eigene Informationen zur Verfügung mit der Folge, dass die eingeschränkte Verantwortlichkeit der §§ 8 bis 10 TMG nicht greift. Vielmehr besteht nach § 7 I TMG eine Verantwortlichkeit nach allgemeinen Gesetzen. In beiden Fällen gilt jedoch der Grundsatz, wonach demjenigen,

der einen Verkehr eröffnet, eine (ihm zumutbare) Verhaltenspflicht obliegt, die der VI. Zivilsenat als Prüfungspflicht bezeichnet. Der BGH operiert dabei nicht mit Verkehrssicherungspflichten (wie im Wettbewerbsrecht¹²), sondern vielmehr mit dem Konzept der zumutbaren Prüfungspflichten¹³ (wie im Immaterialgüterrecht¹⁴). Die sachlichen Unterschiede sind, da es jeweils auf eine Einzelfallprüfung ankommt, eher marginal. Doch die herrschende Lehre macht aus dieser Differenzierung teilweise ein großes Tamtam¹⁵. Und doch erscheint der Weg des BGH über die Verantwortlichkeit wegen pflichtwidrigen Unterlassens letztlich ein gangbarer Kompromiss, der – wenn nicht ganz in der Herleitung – so sicherlich im Ergebnis überzeugt.

Google hat vorliegend die Suchmaschine zur Verfügung gestellt und damit einen Verkehr eröffnet. Diesen muss Google auch im Hinblick auf die Beeinträchtigung von Rechten Dritter überprüfen und gegebenenfalls die Inhalte aus seinem Angebot entfernen. Dabei ist fraglich, wie die Prüfungspflichten zu konkretisieren sind¹⁶. Bei dieser Konkretisierung ist jedoch erneut eine Interessenabwägung vorzunehmen, wie der BGH zutreffend feststellt; denn Google kann nicht jeden erdenklichen Suchvorschlag auf eine etwaige Rechtsverletzung Dritter hin überprüfen. Insoweit greifen die bereits anerkannten Grundsätze zur Störerhaftung, nach denen es darauf ankommt, ob und inwieweit dem in Anspruch genommenen nach den Umständen eine Prüfung zumutbar ist¹⁷. Dementsprechend ist der Betreiber einer Suchmaschine nicht zur generellen Überprüfung der durch das Computerprogramm generierten Suchergänzungsvorschläge verpflichtet. Die Prüfung etwaiger Rechtsverletzungen Dritter, bevor die Begriffskombinationen überhaupt vorgeschlagen werden, würde die Effektivität der Suchmaschine erheblich erschweren und deren Betrieb letztlich lähmen. Auch wenn hervorgehoben wird, dass eine solche präventive Prüfungspflicht in bestimmten Bereichen, wie etwa zur Unterbindung von Kinderpornografie, denkbar wäre, kann sie nicht bei allen Fällen einer Persönlichkeitsrechtsverletzung greifen. Folglich ist dem Betreiber einer Internetsuchmaschine nach überzeugender Argumentation des BGH grundsätzlich erst dann eine Prüfungspflicht aufzuerlegen, wenn er Kenntnis von der Rechtsverletzung erlangt. Mit dem Hinweis des Betroffenen besteht die Verpflichtung, in Zukunft Persönlichkeitsrechtsverletzungen zu verhindern¹⁸ und dementsprechend die verletzenden Inhalte zu löschen, damit sie nicht mehr abgerufen werden können. Allein diese Vorgehensweise kann gewährleisten, dass Google auch weiterhin effizient und nutzerfreundlich agieren kann.

10 BGH, NJW 2013, 2348 = GRUR 2013, 751 Rdnr. 25.

11 Walter, Störerhaftung bei Handeln Dritter, 2011, S. 206 ff.

12 Etwa BGHZ 173, 188 (200) = NJW 2008, 758 – Jugendgefährdende Medien bei eBay.

13 S. jüngst BGHZ 191, 219 (226) = NJW 2012, 148 = MMR 2012, 124 (126) – Blog-Eintrag.

14 Zum Markenrecht etwa BGHZ 158, 236 (252) = NJW 2004, 3102) – Internet Versteigerung I; BGHZ 191, 19 (25 f.) = MMR 2012, 178 = CR 2011, 817 (818, 819) – Stiftparfüm.

15 Vgl. dazu Walter (o. Fußn. 11), S. 206 m. w. Nachw.

16 Auch wenn man von einer täterschaftlichen Haftung Googles durch positives Tun (und nicht wie der BGH von einer Haftung wegen Unterlassens) ausginge, müsste selbst bei Annahme einer Verkehrssicherungspflicht (statt einer Prüfungspflicht), um keine überspannten und kaum erfüllbaren Anforderungen an Suchmaschinenbetreiber zu stellen, der Pflichtenkreis des Handelns auf zumutbare Pflichten beschränkt bleiben. In diese Richtung wohl auch Spindler, Persönlichkeitschutz im Internet – Anforderungen und Grenzen einer Regulierung, Gutachten F zum 69. Deutschen Juristentag, 2012, S. F 65.

17 BGH, NJW 2013, 2348 = GRUR 2013, 751 Rdnr. 29 m. w. Nachw.; diese Grundsätze greifen auch bei Privatpersonen, vgl. BGHZ 185, 330 = NJW 2010, 2061 (2062) m. Anm. Nenninger – Sommer unseres Lebens.

18 So bereits BGH, NJW 2012, 2345 = MMR 2012, 623.

III. Ausblick

Die Autocomplete-Entscheidung des VI. Zivilsenats ist im Ergebnis zu begrüßen. Maßgeblicher Unterschied zu der Beurteilung durch die Vorinstanzen ist die Einschätzung, dass den bemängelten Suchergänzungsvorschlägen ein verletzender Aussagegehalt innewohnt und sie nicht lediglich wertungsfrei das Nutzerverhalten widerspiegeln. Mit überzeugender Begründung wird so der Schutz der durch die Autocomplete-Funktion von Google beeinträchtigten Nutzer gewährleistet. Mit dem Abstellen auf ein Unterlassen als Schwerpunkt der Vorwerfbarkeit wird eine zumutbare Prüfungspflicht ab Kenntnis eingefordert, an die jedoch keine allzu hohen Anforderungen gestellt werden. Google muss erst mit der Anzeige durch einen potenziellen Geschädigten die Prüfung aufnehmen. Dabei besteht freilich die Gefahr, dass künftig eine ganze Reihe von Nutzern eine hohe Anzahl von unterschiedlichen Ergänzungsvorschlägen bemängeln, so dass ein erheblicher Prüfungsaufwand auf die Betreiber von Google zukommen könnte, sofern Google nicht zu Lasten der Suchfunktion zur sofortigen vollständigen Löschung bereit ist. Stellte man bereits auf eine Täterschaft durch aktives Tun ab, stünde man vor dem erheblich größeren Problem, dass alle Suchergänzungsvorschläge vorab zu überprüfen wären, wollte man nicht auch hier den Pflichtenkreis des Handelnden von vornherein begrenzen. Dies machte den effektiven Betrieb der Suchmaschine in der derzeitigen Form jedoch nahezu unmöglich, weshalb die Lösung über eine aktive täterschaftliche Haftung ohne Pflichtbegrenzung im Lichte der für Google sprechenden grundgesetzlichen Gewährleistungen im Ergebnis nicht mehr vertretbar wäre. Demgegenüber belässt die Haftungslösung des VI. Zivilsenats wegen pflichtwidrigen Unterlassens Google und anderen Suchmaschinenbetreibern die nötige Luft zum Atmen.

Offen lässt der BGH demgegenüber das Bestehen eines Geldentschädigungsanspruchs, der nun vom OLG zu prüfen sein wird. Erforderlich hierfür sind eine schwerwiegende Persönlichkeitsrechtsverletzung bzw. schweres Verschulden (dabei wird es ganz entscheidend auch darauf ankommen, wann Google von der potenziellen bzw. tatsächlichen Rechtsverletzung Kenntnis hatte) sowie die fehlende Möglichkeit eines anderweitigen hinreichenden Ausgleichs (Subsidiarität des

Geldentschädigungsanspruchs)¹⁹. Ob auch eine Geldentschädigung zuzusprechen sein wird, kann nicht ohne Weiteres festgestellt werden, denn maßgeblich für die Beurteilung des Verletzungsgewichts sind insbesondere auch die Klickzahlen²⁰. Und dafür benötigt das Gericht zumindest einen tieferen Einblick in die Arbeitsweise der Software, die mit Hilfe eines Algorithmus die Suchvorschläge erarbeitet.

Für künftige Entscheidungen bietet das Urteil eine verlässliche Grundlage. Soweit eine Rechtsverletzung festgestellt werden kann, ist der Betreiber einer Internetsuchmaschine nach Anzeige verpflichtet, diese künftig zu verhindern. Dabei stellt sich das Problem, inwieweit Suchmaschinenbetreiber wie Google praktisch in der Lage sind, die Tragfähigkeit der Einwände überhaupt zu prüfen. Diese Prüfung erfordert eine qualifizierte juristische Expertise, die in dem künftig zu befüllenden Anzeigemaß von Google nicht geleistet werden kann. Es bleibt daher wohl die Lösung, bei jeder plausiblen Einwendung die verknüpften Begriffe schlicht zu löschen. Eine solche Löschung käme sicherlich auch *Bettina Wulff* zugute, deren Name bei Google mit Begriffen aus dem Rotlichtmilieu ergänzt wurde und deren Verfahren sie angesichts des anstehenden Urteils des BGH in der berechtigten Hoffnung auf höchstrichterliche Hilfestellung ruhen ließ. Ob ihr die Autocomplete-Entscheidung des BGH im Nachhinein zur gewünschten vollständigen Wiederherstellung ihrer Reputation verhilft, vermag indes bezweifelt werden. Dagegen spricht wohl der mittlerweile eingetretene so genannte „*Streisand*-Effekt“: Denn durch das gerichtliche Vorgehen gegen die Suchergänzungsvorschläge ist die breite Öffentlichkeit auf diesen Zusammenhang erst aufmerksam geworden. Und trotz der physischen Löschung der unerwünschten Verknüpfungen auf Googles Internetseite, die die Lösung des BGH jetzt verheißt, wird gleichwohl etwas davon im Gedächtnis der Menschen hängen bleiben. Und dagegen gibt es bekanntlich keinen Lösungsanspruch. Insoweit kann das Recht einen einmal eingetretenen Ansehensverlust leider niemals vollständig wiedergutmachen. ■

¹⁹ Vgl. *Seitz*, in: *Hoeren/Sieber*, *MultimediaR*, 33. Erg.-Lfg. (2012) Rdnr. 67.

²⁰ *Seitz*, in: *Hoeren/Sieber* (o. Fußn. 19), Rdnr. 68.

Bericht

Rechtsanwalt Professor Dr. Martin Weber*

Die Entwicklung des Kapitalmarktrechts im ersten Halbjahr 2013

Der Autor knüpft mit diesem Bericht über die kapitalmarktrechtliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2013 an seinen vorhergehenden in NJW 2013, 275 an. Wie bisher werden typische bankrechtliche und gesellschaftsrechtliche Fragen (dazu zuletzt Hirte, NJW 2013, 1204) nicht behandelt. Die Darstellung beschränkt sich zudem auf Kernbereiche und wesentliche Entwicklungslinien.

I. Einleitung

Am 25. 4. 2013 haben EU-Kommission und Europäische Zentralbank ihren Bericht zur Europäischen Finanzmarktstabilität und -integration (EFSIR)¹ vorgestellt, der zeigt, dass

sich trotz Verbesserungen die Finanzkrise auch 2012 deutlich hemmend auf das Wirtschaftswachstum ausgewirkt hat. Wenige Tage zuvor, am 16. 4. 2013, verabschiedete das EU-Parlament ein Reformpaket zur Stärkung des europäischen Bankensektors, das Anfang nächsten Jahres in Kraft treten soll. Rückt die Regelung dieses Bereichs mit Blick auf anhaltende und von ihm selbst immer wieder aufs Neue schrill ins allgemeine Bewusstsein gerufene Folgen für die Realwirt-

* Der Autor ist Rechtsanwalt in Frankfurt a.M., apl. Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin, Mitglied der NJW-Redaktion und Schriftleiter der NZG.

¹ Abrufbar unter http://ec.europa.eu/internal_market/economic_analysis/reports/index_de.htm.